



Corona

BULLETIN

April 2020

Internationale Solidarität



„Kuba rettet Leben“: Ankunft der kubanischen ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen in Italien

Die Corona-Pandemie bestimmt zurzeit das Geschehen in weiten Teilen der Welt. In China forderte das Coronavirus zwischen Dezember 2019 und März 2020 über 3000 Tote. Dank den zügig unternommenen Massnahmen der chinesischen Regierung ist die Zahl der Neuinfektionen inzwischen aber soweit zurückgegangen, dass die Chinesinnen und Chinesen langsam wieder zu ihrem Alltag zurückkehren können.

In Europa gilt Italien, insbesondere der nördliche, an die Schweiz grenzende Teil des Landes, als Epizentrum der Pandemie.

Das Virus forderte dort bis heute (31. März) bereits dreimal mehr Opfer als in China. Norditaliens Gesundheitswesen steht

am Rande des Kollapses. Es fehlt an Spitalbetten, medizinischer Ausrüstung und Personal. In dieser Notsituation bat der italienische Botschafter in Brüssel

Anfang März die Europäische Union (EU) um Unterstützung für sein Land. Als Italiens Anfrage unbeantwortet blieb, wandte sich der italienische Außenminister an das Land, das bisher am meisten Erfahrung mit dem Virus gesammelt und dieses am erfolgreichsten bekämpft hatte: China.

Am 12. März landete eine erste Gruppe chinesischer Fachkräfte mit 31 Tonnen medizinischem Material, darunter lebensrettende Beatmungsgeräte und Atemschutzmasken, in Italien. Auch Russland schickte medizinische Ausrüstung und Fachpersonal. Die Regionalregierung der Lombardei wandte sich für zusätzliche medizinische Hilfe an Kuba, der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel antwortete umgehend. Am 22. März trat ein 52-köpfiges Team von 37 Ärzten und 15 KrankenpflegerInnen aus Kuba in der norditalienischen

«Kubas Ärzte waren die einzigen, die Afrika in der Ebola-Krise beistanden. Ich bezweifle also nicht, dass sie auch in der Schweiz sehr hilfreich sein würden.»

Franco Cavalli, Tessiner Krebsspezialist („Work“, 27. März 2020)

Stadt Crema seinen Dienst an. Es ist die erste Mission einer kubanischen Medizinbrigade in Italien.

Kuba hat eine lange Tradition internationaler Medizinbrigaden

in der ganzen Welt (mehr dazu auf S. 4). Kubanische Ärztinnen und Ärzte gehören zur Avantgarde in der Bekämpfung von Epidemien. 2014 retteten 250 kubanische Ärzte und Krankenschwestern in den am härtesten von der Ebola-Epidemie betroffenen westafrikanischen Ländern unter Einsatz ihres Lebens unzählige Menschen vor dem Tod. Auch in Zeiten von Corona sind kubanische Medizinbrigaden weltweit im Einsatz: In Italien, Andorra, Haiti, Jamaica, Granada, Surinam, Venezuela, Nicaragua, Dominica, Belize, Antigua und Barbuda, St. Vincent und die Grenadinen, Sankt Kitts und Nevis.

Am 16. März liess Kuba das britische Kreuzfahrtschiff MS Braemar mit fünf Corona-Infizierten an Bord im Hafen von Mariel bei Havanna anlaufen, nachdem dieses von anderen karibischen Inseln, darunter Bahamas und Barbados, abgewiesen worden war. In einer Botschaft in den sozialen Medien bedankte sich der britische Botschafter in Kuba für die gute Zusammenarbeit der kubanischen Behörden.

In der Schweiz ist bis jetzt (31. März) vor allem das Tessin massiv von der Corona-Pandemie betroffen. Ohne die italienischen Pflegefachkräfte und MedizinerInnen, die als GrenzgängerInnen in den Tessiner Spitälern Dienst leisten, wären die Folgen des Virus hier kaum zu bewältigen. In einem Interview mit der Zeitung «Work» vom 27. März erklärt der Tessiner Krebspezialist Franco Cavalli, weshalb er den Einsatz von kubanischem Fachpersonal im Tessin begrüßen würde.

Verheerende Wirtschaftssanktionen



Die finanziellen Einbussen, die Kuba während 12 Stunden Blockade erleidet, entsprechen der jährlichen Gesamtmenge an Insulin für die 64'000 DiabetespatientInnen in Kuba.

Die Corona-Pandemie bringt Gesundheitssysteme weltweit an ihre Grenzen, auch in der Schweiz. Arztpraxen werden überrannt, der Platz auf den Intensivstationen ist knapp, MedizinerInnen und Pflegepersonal sind am Limit, der Bund muss das Medikamentennotlager anzapfen.

Doch es sind vor allem Länder, die seit Jahren und Jahrzehnten von den USA, Kanada, der Europäischen Union und der Schweiz mit einseitigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockaden belegt sind, die von der Pandemie besonders hart getroffen werden. Für Iran, Syrien, Palästina, Venezuela oder Kuba ist die Sicherung der Grundversorgung für die Bevölkerung aufgrund der Sanktionen eine enorme Herausforderung. In Zeiten von Corona ist es für sie besonders schwierig, ihre Gesundheitssysteme aufrechtzuerhalten,

Kranke angemessen zu behandeln und die Verbreitung des Virus im Land und über die Landesgrenzen hinaus unter Kontrolle zu bringen. Unternehmen weigern sich, den sanktionierten Ländern das

Sanktionen gefährden Coronapatienten weltweit

benötigte Material zu verkaufen aus Angst, ihre Handelsbeziehungen zu den USA zu gefährden. Internationale, von den USA kontrollierte Finanzinstitute halten für die Bezahlung der bestellten Güter überwiesene Geldbeträge zurück.

Wie verheerend die Folgen der Wirtschaftssanktionen sind, sieht man im Iran, wo bis zum 25. März mindestens 1800 Menschen an den Folgen des Coronavirus starben. Die US-Sanktionen machen es dem Land so gut wie unmöglich, auf den internationalen Märkten

Medikamente und medizinische Ausrüstung zu kaufen. Corona-Erkrankte, die durch angemessene Behandlung gerettet werden könnten, sind aufgrund der Sanktionen zum Tode verurteilt.

Auch in Venezuela, das seit Jahren von den USA mit Sanktionen ausgeblutet wird, verschärft die

«totale und sofortige Aufhebung dieser illegalen und willkürlichen Zwangsmassnahmen» zu verlangen. Der durch die Sanktionen ausgeübte wirtschaftliche Druck hindere diese Länder daran, die nötigen Massnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Pandemie zu ergreifen. Damit

sorgung und medizinischer Versorgung von Corona-Erkrankten müsse gewährleistet sein. «Es ist Zeit für Solidarität», erklärte Guterres. Zuvor hatte bereits die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, die Aufhebung der Sanktionen gefordert, um die Menschenrechte in den betroffenen Ländern zu stärken und das Leben von Millionen von Menschen zu schützen. Solidaritätsbewegungen weltweit haben sich dem Aufruf angeschlossen. Unter ihnen sind auch Organisationen aus den USA. Sie rufen die US-Regierung auf, die tödlichen Sanktionen sofort zu beenden.

«Es ist Zeit für Solidarität»

Antonio Guterres, UNO-Generalsekretär

Corona-Krise die Situation der Bevölkerung. Neben Anstrengungen zur Verringerung der Ansteckungsgefahr hat Venezuelas Regierung eine Reihe von Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den ökonomischen Folgen der Pandemie getroffen. Während sechs Monaten müssen keine Mieten für Wohnungen und Gewerbelokale bezahlt werden. Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor erhalten eine Sonderzulage von der Regierung. Zudem bezahlt der Staat bis September die Löhne der kleinen und mittleren Unternehmen.

Jeffrey Sachs, Professor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University, und weitere US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler fordern die Regierung der USA auf, die völkerrechtswidrigen Zwangsmassnahmen jetzt aufzuheben. Nur so könne die Ausbreitung des Coronavirus weltweit eingedämmt werden.

In einem gemeinsamen Brief vom 25. März fordern China, Iran, Russland, Syrien, Nordkorea, Venezuela, Nicaragua und Kuba UNO-Generalsekretär Antonio Guterres auf, angesichts des «grössten öffentlichen Gesundheitsnotstands unserer Zeit» die

stellten die Sanktionen nicht nur für die betroffenen Länder eine Bedrohung dar, sondern für Nationen und Menschen weltweit. In einem Brief an die G20-Staaten setzt sich Guterres für die Aufhebung der Sanktionen ein. Der Zugang zu Nahrungsmitteln, grundlegender Gesundheitsver-

Stoppt Sanktionen & Blockaden!

Die Vereinigung Schweiz-Cuba schliesst sich der Forderung nach der sofortigen Aufhebung der völkerrechtswidrigen Wirtschaftssanktionen und Blockaden (auch Embargos genannt) der US-Regierung und der EU gegen Kuba, Venezuela, Syrien, Iran, Nicaragua, Russland und weitere Länder an. Wir fordern, dass auch die Schweizer Regierung ihre Sanktionen unverzüglich aufhebt,

namentlich die gegen Venezuela. Die illegalen Sanktionen verletzen das Recht der Nationen auf Unabhängigkeit, nationale Souveränität und Selbstbestimmung. Sie verletzen Menschenrechte und machen es den betroffenen Ländern unmöglich, die in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen definierten Nachhaltigen Entwicklungsziele zu verwirklichen.

Die Vereinigung Schweiz-Cuba unterstützt den Spendenaufruf von mediCuba-Europa und mediCuba Suisse zur Unterstützung Kubas im Kampf gegen Corona: www.cuba-si.ch/it/appello-medicuba-europa-cuba-covid-19/
IBAN: CH70 0076 4301 3245 C000 C
SWIFT: BSCTCH22XXX

Impressum:
Herausgabe und Redaktion: Nationale Koordination der Vereinigung Schweiz-Cuba
Kontakt: national@cuba-si.ch

Das solidarischste Land der Welt: seit 59 Jahren mit einer Blockade «bestraft»!

Kuba hat mehr als 600'000 internationalistische Missionen in 164 Ländern durchgeführt. Mit über 1,7 Milliarden medizinischen Untersuchungen, 12,5 Millionen chirurgischen Eingriffen und ebenso vielen Impfungen* ist es diesem

kleinen Land gelungen, über 6,25 Mio. Menschenleben zu retten. Allein im Jahr 2018 waren mehr als 36 000 Kubanerinnen und Kubaner, darunter 18000 Ärzte, weltweit im Einsatz**. „Die Opfer sind es wert, erbracht zu werden, um

ein Leben zu retten“, würden Kubanerinnen und Kubaner sagen.

* Zentrale Einheit für medizinische Kooperation (UCCM) des kubanischen Gesundheitsministeriums

** Kubanisches Außenministerium (MINREX)

Von einem reichen Berg und von kubanischen Ärzten

Kolumne von Peter de Marchi BaZ, 25. März 2020 (gekürzte Fassung)

Der Cerro Rico in Bolivien ist wie ein Sinnbild für den südamerikanischen Kontinent, seit ihn die Spanier unterjocht haben – der «reiche Berg», voller Metalle: Silber, Zink, Blei, Kupfer, Wolfram, Zinn – und Lithium. Allein die Spanier sollen 36'000 Tonnen Silber aus dem Berg geholt haben – heutiger Marktwert 17 Milliarden Franken. Nach den Spaniern haben englische und amerikanische Firmen den Berg geplündert. In Potosi (...) hat uns ein alter Bergarbeiter gesagt: «Dieser Berg ist so reich, doch von diesem Reichtum ist alles abgezogen worden, die Bevölkerung hier hat und hatte nie etwas davon.» Ausser: Arbeiten in sklavenähnlichen Verhältnissen und geschätzte acht Millionen Tote. Für die Einheimischen ist es «der Berg, der Menschen frisst.»

Meine Frau und ich sind kreuz und quer durch Lateinamerika gereist. (...) In Recife (...) haben uns Benediktinermönche in die Favelas, die Armenviertel geführt. Wie Pfahlbauern hausen die Menschen in ihren Hütten über dem ver-

schmutzten Wasser. Armut, Hunger, Krankheit, Analphabetismus, Drogen, Kriminalität prägen das Leben eines Grossteils der Menschen. (...) Der Cerro Rico gehört der hauchdünnen Oberschicht und den internationalen Multis.

Wer etwas gegen diese Verhältnisse unternehmen wollte, wurde – mit tatkräftiger Unterstützung der USA – weggeputscht. Das immer noch bekannteste Beispiel ist Salvador Allende, gestürzt 1973. Der Brasilianer Luiz Inácio Lula und der Bolivianer Evo Morales haben in der jüngeren Vergangenheit versucht, das Leben der einfachen Menschen erträglicher zu gestalten, den Reichtum auf mehr Schultern zu verteilen. Lula wurde nach einem Schauprozess ins Gefängnis geworfen, Morales wurde weggeputscht – am Cerro Rico haben die Armen nichts verloren. (...)

Kürzlich war ich zusammen mit meiner Frau und meinem Sohn zum ersten Mal auf Kuba – für einige die sozialistische Hölle. Lässt man allerdings die ideologischen

Scheuklappen mal beiseite, sieht man, dass es nirgends in Lateinamerika der breiten Bevölkerung so gut geht wie auf Kuba. Die Kubanerinnen und Kubaner sind auch arm, und die Lage hat sich verschärft, seit Trump die Schlinge des Embargos wieder festgezogen hat. Aber in Kuba versinkt niemand im Elend; die knappen Lebensmittel werden so gerecht wie möglich verteilt, alle Kinder, wirklich alle gehen zur Schule, alle haben gratis Zugang zu einem gut ausgebauten Gesundheitssystem. Nur so viel zum Gesundheitssystem: Bolsonaro hat kurz nach seinem Amtsantritt die kubanischen Ärzte in Brasilien als «Terroristen» beschimpft und aus dem Land gejagt. 70 dieser «Terroristen» sind vor wenigen Tagen nach Italien geflogen und helfen dort der Bevölkerung im Kampf gegen das Coronavirus. (...)